



HESSISCHER LANDTAG

15. 03. 2010

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Spies (SPD) vom 02.02.2010

**betreffend Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in
der Gesundheitspolitik**

und

Antwort

des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit

Vorbemerkung des Fragestellers:

Auf ihrer 82. Konferenz am 24. und 25.06.2009 haben die Gesundheitsminister der Länder beschlossen, eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene einzurichten, die sich mit einer Verbesserung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der Gesundheitspolitik befassen soll.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Hat diese Arbeitsgruppe inzwischen ihre Tätigkeit aufgenommen und wenn ja, beteiligt sich Hessen daran und in welcher Form?

Die Arbeitsgruppe hat bereits am 17.07.2009 ihre Tätigkeit aufgenommen. Auf einer gemeinsam von Bremen und Sachsen einberufenen ersten Staatssekretärsrunde wurde eine Arbeitsgruppe auf Fachebene gebildet, die bis zur Amtschefkonferenz Anfang Mai 2010 ihre Ergebnisse zur Vorbereitung der nächsten Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vorlegen sollte. Diese Arbeitsgruppe hat bis zum 11. Februar 2010 insgesamt dreimal getagt, zusätzlich wurde eine Redaktionssitzung durchgeführt.

Hessen war in den beiden verschiedenen Arbeitsgruppen durch Frau Staatssekretärin Müller-Klepper bzw. die Fachabteilung vertreten.

Frage 2. Gibt es bereits Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, wenn ja, wird die Landesregierung diese Vorschläge dem Landtag zur Verfügung stellen, wenn nein, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Konkrete Ergebnisse wurden bisher nicht erarbeitet.

In ihrer Sitzung am 11. Februar 2010 wurde auf Ebene der Staatssekretäre auf der Basis ausführlicher Themenpapiere sowie einer Kurzfassung der Reformoptionen das weitere Vorgehen beschlossen. Ziel dieser Sitzung war es, aus den vorgelegten Reformoptionen politisch nicht gewünschte oder nicht umsetzbare Optionen auszusortieren bzw. die Punkte herauszuarbeiten, die die Arbeitsgruppe auf Fachebene inhaltlich ausgestalten soll. Nach dieser inhaltlichen Ausgestaltung wird erneut die Arbeitsgruppe auf Ebene der Staatssekretäre über das weitere Vorgehen entscheiden. Ziel ist es, bis zur Gesundheitsministerkonferenz am 30.06./01.07.2010 ein beschlussfähiges Arbeitspapier zu den Themen

- Sicherstellung,
- Bedarfsplanung und
- Aufsicht

vorzulegen.

Wiesbaden, 5. März 2010

Jürgen Banzer